

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. (in Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. jährlich Vorbezug). Einzelnummern 10 Hfg. Alle Postbestellen, Postämter und Buchhandlungen sind zu beziehen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff-Dresden, Postfach: Dresden 2840, Mittwoch, den 27. Januar 1932

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 22 — 91. Jahrgang Teleg.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2840 Mittwoch, den 27. Januar 1932

Nach Ostland!

Ein Redenschaftsbericht über die Ostbesiedlung.
In einer Denkschrift, die eher einem Bilderatsum gleichet, weil sie die Tatsachen für sich selbst sprechen lassen will, gibt soeben das Landesultimatum Frankfurt an der Oder eine Übersicht über die Neusiedlungen, die in seinem Gebiete seit dem Erlaß des Reichsiedlungsgesetzes entstanden sind. Dieses Gebiet umfaßt die drei Provinzen Brandenburg, Grenzmark Posen-Westpreußen und Pommern. Die insgesamt 11 062 Neusiedlerfamilien, die hier bis zum vergangenen Jahre lebhaft gemacht worden und zu einer eigenen Scholle gekommen sind, stammen aber nicht nur aus diesen Provinzen selbst, sondern aus den durch den Verfall der Provinzen verlorenen Reichsgebieten, ferner in großer Zahl aus Westfalen (fast ein Viertel der Westfalen), aus Hannover, Oldenburg, Sachsen, Hessen, dem Rheinland, Württemberg, Thüringen, Baden, der Pfalz, Lippe, Braunschweig und aus Österreich. Das ganze Deutschland soll es sein! hat der Reichstag geurteilt, und hier, bei diesem Zug nach dem Ostland, ist das also zur Wirklichkeit geworden.

Freilich stellt sich heraus, daß nicht alle Siedler sofort gleichmäßig gut sich in die neuen Verhältnisse einfügen können. Da wollen wir uns ruhig Zeit lassen. Die Salzburger, die aus ihren Hochgebirgsdörfern ihres Glaubens wegen vertrieben worden waren und dann vor jetzt zweihundert Jahren in Ostpreußen eine neue Heimat fanden, kamen auch in Verhältnisse, die ihnen gänzlich fremd waren, und was sind sie doch in kurzer Zeit für musterhafte Niederungsbauern geworden! In der Neubesiedlung der drei hier in Frage stehenden Provinzen stellt sich vorläufig heraus, daß sich zunächst am besten die Bodenständigen eignen, wobei es aber auch allerhand Widerstände zu überwinden gibt. So will es vielen Anfängern nicht in den Kopf, daß sie sich statt eines Pferdes einseilen mit Zugläden behelfen sollen, die zwar in manchen Gegenden allgemein üblich sind und mit denen zu fahren sich dort auch der größte Bauer nicht schämt, während sie in anderen Gegenden als das Zeichen des bäuerlichen Ablasses gelten oder gar, wie in Pommern, überhaupt so gut wie unbekannt sind. Dann sind z. B. die ehemaligen Ostpreußen vielfach das denkbar feigste Siedlermaterial, was gar nicht wundernehmen kann, denn sie sind doch zum Teil die Abkömmlinge von ehemals selbständigen Bauern, die durch die Wirtschaftsentwicklung im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts ihre Höfe verloren haben. Sie kennen auch die örtlichen Verhältnisse am besten, aber es zeigt sich vielfach, daß sie das selbständige Wirtschaften erst wieder allmählich, am besten beginnend auf einer nicht zu großen Stelle, sich aneignen müssen.

Aus der anderen Seite zeigen sich große Unterschiede zwischen den aus weiterer Entfernung in die neuen Verhältnisse im Osten einwandernden Stämmen. Am leichtesten finden sich die Hannoveraner, die Westfalen, die Oldenburger und die Sachsen, zum Teil auch die Hessen, in die veränderten Anforderungen, während die West- und Süddeutschen erfahrungsgemäß fast nur für die besseren Böden geeignet sind. Für die ganz leichten Böden bei unangünstigen klimatischen Verhältnissen, wie sie in Ostpreußen vielfach, z. B. aus dem uraltlich-baltischen Höhenrücken herrschen, ist das dort angestammte abgehärtete und sparsame Geschlecht unentbehrlich. Alles das sind Dinge, die wir bei einer so beispiellosen, großen Umsiedlung in Kauf nehmen müssen und die sich selbstverständlich schon in der nächsten Geschlechterfolge ausgeglichen haben werden.

Werden schon an den neuen Siedler sehr große Anforderungen an Arbeit und Einschränkung gestellt, so gilt das erst recht für die Siedlerfrau. Das hat man im Siedlungswesen inzwischen richtig eingesehen, und darum betont der jetzt vorliegende Bericht, welche Anstrengungen man dauernd gemacht hat, um der Siedlerfrau nicht übermenschliches zuzumuten. Für das Verlegen des Haushaltes, das Kochen, das Melken und Säuern des Viehes, die Wasserversorgung, die Bearbeitung des Gartens usw. hat man also mögliche Erleichterungen schon bei der Baueinteilung der Gehöfte vorgesehen und versucht immer noch weitere Fortschritte zu erzielen. Andererseits zeigt sich wieder die Notwendigkeit, viele Siedler von dem Ankauf von Maschinen abzuhalten, die für sie nicht rentabel sind, sondern eine unrentable Belastung darstellen. Der Bericht betont hier nach den jetzt vorliegenden Erfahrungen, daß viele Siedler sich durch die Anschaffung überflüssiger Maschinen an den Rand des Abgrundes gebracht haben.

Überblickt man die ganze, bisher vorliegende Leistung, so stellt man unsicher fest, daß wir noch sehr weit entfernt davon sind, den Erfolg, den das Reichsiedlungsgesetz anstrebt, zu erreichen. Ferner ist es hinlänglich bekannt, wie sehr die Neusiedler die allgemeine Notlage der übrigen Landwirtschaft teilen, die sie oft trotz aller Versuche, ihre Lage zu verbessern, noch drückender empfinden müssen, als der bäuerliche Mittelstand. Die ungeheure Krise des vergangenen Jahres hat auch an sich musterhaft errichtete Betriebe nicht verschont, manche, wie z. B. einzelne vorbildliche Kleingärtnereisiedlungen, sogar ganz besonders schwer betroffen. Aber, im großen Rahmen betrachtet, hat ein verarmtes, in allen seinen arbeitenden Zellen hart stauendes Volk mit dieser entschlossen durchgeführten Ost-

Zwischen den Konferenzen.

Die Konferenz ist tot — es lebe die Konferenz!

Die Lausanner Konferenz ist tot, und schon rüstet man bereits zu einer anderen. Das altbekannte Spiel wird nun wieder beginnen: Vorbesprechungen, diplomatische Verhandlungen vor und hinter, aber besonders hinter den Kulissen, Kästeltüren über Zeit und Ort usw., usw. Wie es bisher den Anschein hat, stehen die Zeichen, unter denen die neue geplante Zusammenkunft vor sich gehen soll, nicht gerade günstig für Deutschland. Diese Vorbesprechungen, die jetzt bereits zwischen England und Frankreich eingeleitet haben, sind verdächtig. Wir haben so etwas schon allzuoft erlebt und sind misstrauisch geworden. Sieht es doch fast so aus, als ob zwischen England und Frankreich ein neuer „Plan“ ausgearbeitet werden soll, der dann als vollendete Tatsache auf der Konferenz Deutschland unterbreitet werden und zu dem es dann entweder Ja oder Nein sagen soll. Wie die Sache jetzt steht, wird es wahrscheinlich Nein sagen müssen, wenn die Reichsregierung auf ihrem mehrfach erklärten Standpunkt festbleibt. Wenn es anfänglich schien, als ob England Deutschland bei seinen Forderungen sekundieren wollte, so neigt es jetzt immer mehr der französischen Auffassung, die für Deutschland unannehmbar ist, zu. Über die Einzelheiten der englisch-französischen Aussprache, die bereits in Paris stattgefunden hat, sind Einzelheiten zwar noch nicht bekannt, aber was darüber von unrichtiger französischer Seite verlautet, ist nicht gerade vertrauenswürdig. Auf englischer Seite, so heißt es, bestimme man darauf, daß die Tributkonferenz im Mai oder Juni zusammenzutreten müsse, und daß wenigstens eine Lösung auf eine Reihe von Jahren nötig sei. Ferner hätten es die Engländer für nötig, ein auf die Gesamtheit der deutschen Zahlungen ausgedehntes Moratorium zu bewilligen. Auf französischer Seite seien dagegen weder Laual noch Standin gewillt, auf eine Lösung einzugehen, die praktisch die Tributzahlungen ohne Rücksicht auf die Haltung Amerikas in der Schuldenfrage beseitigt. Frankreich könne in seinen Zugeständnissen über eine einjährige Verlängerung des Hoover-Reterjahres sowie den darin enthaltenen Beschränkungen und Vorbehalten nicht hinausgehen. Schließlich lebe die französische Politik auf dem Standpunkt, daß eine im Mai oder Juni zusammen tretende Tributkonferenz keine über ein oder zwei Jahre hinausreichenden Beschlüsse fassen dürfe.

Man sieht, von einer endgültigen Lösung der Tributfrage ist auf keiner Seite mehr die Rede, sondern nur von bestmöglicher Lösung und Moratorium. Mit beiden ist aber Deutschland und Europa nicht gedient. Jedes Moratorium würde ein neues Zahlungsversprechen Deutschlands zur Folge haben müssen, das dieses auf keinen Fall geben kann, will und darf, und keine ledigliche befristete Regelung kann Deutschland und der Welt das geben, was sie vor allem zu ihrer Genesung brauchen: Sicherheit für die Zukunft, die als Grundlage dienen kann für gesunde wirtschaftliche Kalkulation und Vertrauen. Wenn bisher in der Entscheidungslage das einigermaßen Feststehende die „Konferenzen“ waren, so ist auch diese Säule, wie das Schicksal von Lausanne zeigt, ins Wanken gekommen, und geblieben ist nur noch als einziger Unerlöschlicher: das Gerücht um die Konferenz!

Kallosigkeit im Rat.

Völliges Versagen des Völkerbundes im Fernoststreit.
Der Völkerbundrat setzte vertraulich in Abwesenheit des japanischen und chinesischen Vertreters die Verhandlungen über den japanisch-chinesischen Streit fort. In Ostpreußen herrscht hinsichtlich der weiteren Behandlung des Streitess völlige Kallosigkeit. In englischen und französischen Regierungskreisen will man das Sanktionsverfahren nach Artikel 15 des Völkerbundesvertrages unter keinen Umständen gegen Japan in Kraft treten lassen. Man will jetzt daher den scharfen Vorstoß des chinesischen Vertreters im Rat mit dem Hinweis auf die durch den Untersuchungsanspruch eingeleitete Prüfung der Lage in der Mandchurien begegnen. Da der Ausschuss jedoch erst im April in der Mandchurien seine Arbeiten beginnen wird, kann der Rat sich erst auf der Matttagung mit dem Ergebnis der Unter-

suchung befassen. Hierdurch würde Japan Zeit gewinnen, und der Rat ist vorläufig aus seiner außerordentlich peinlichen Lage befreit, Entscheidungen zu treffen.

schiedung dennoch schon etwas vollbracht, das sich vor unsfern hoffentlich glücklichere Zeiten erlebenden Nachkommen zeigen lassen darf. Und trotz aller Ungunst dieser letzten Jahre stellt der Bericht zum Schluß ein erfreuliches Zunehmen der wirtschaftlichen Leistungen, vor allem aber auf geistigem Gebiet eine Stärkung des Standes- und Selbstbewußtseins der Ostpreußen fest, die alle Kräfte daransetzen, ihre neugewonnene Scholle durch unermüdete Tätigkeit zu erhalten und zu verbessern. W. E.

Suchung befassen. Hierdurch würde Japan Zeit gewinnen, und der Rat ist vorläufig aus seiner außerordentlich peinlichen Lage befreit, Entscheidungen zu treffen.

Schüchterne Einigungsversuche.

In Genfer diplomatischen Kreisen wird erwartet, die japanische und chinesische Regierung telegraphisch zu ersuchen, angesichts der bedrohlichen Lage in Schanghai alle Maßnahmen zu unterlassen, die den Streit weiter verschärfen könnten.

Schanghai hat japanisches Ultimatum noch nicht angenommen.

Die chinesischen Streitkräfte in Schanghai sind durch die in den letzten Tagen erfolgten Truppenzusammenziehungen auf rund 17 000 Mann gebracht worden. Die japanischen Streitkräfte sind auf 4000 Mann angewachsen und an den wichtigsten strategischen Punkten des Hafengebietes aufgestellt. Die Lage ist nach wie vor äußerst gespannt.

Über die Annahme des japanischen Ultimatus ist immer noch keine Einigung zustande gekommen. Von japanischer Seite verlautet, daß die Japaner lediglich eine friedliche Modade des chinesischen Hafenerkehrs durchzuführen wollen. Die ausländischen Schiffe sollen jedoch ungebändert Durchfahrt erhalten, um internationale Verbindungen zu vermeiden.

Wie Frankreich sich die Abrüstung vorstellt.

Die französische Offensive in der Sicherheitsfrage.
Schon in den ersten vertraulichen Zählungen über den Genf zwischen den einzelnen Abordnungen über den Arbeitsplan der Abrüstungskonferenz haben sich große Gegensätze politischer Charakter gezeigt. In französischen Kreisen will man den politischen Ausschuh der Konferenz beauftragen, alle bisherigen Vorschläge zur Sicherheitsfrage zu prüfen und möglichst auf der Grundlage des gescheiterten Genfer Protokolls von 1924 ein neues allgemeines Sicherheitsprogramm auszuarbeiten, dessen Aufnahme französischerseits als Voraussetzung jeder Herabsetzung der Rüstungen erklärt werden wird. Man rechnet für Ende März mit einer einmonatigen Unterbrechung der Konferenz. Diese französischen Pläne werden auf deutscher, englischer und italienischer Seite abgelehnt.

Geradezu lächerlich wirkt das Geschrei Frankreichs nach Garantien seiner „Sicherheit“ durch den Völkerbund, wenn man sieht, wie es wirklich nichts unversucht, selbst für seine Sicherheit durch Aufrüstung zu sorgen. Die Beschlüsse des Finanzausschusses der Französischen Kommerz haben eine sehr reichhaltige Illustration. In der letzten Sitzung des Ausschusses gab der Luftfahrtminister zunächst einen längeren Bericht, in dem er hervorhob,

daß die französische Luftflotte beim Vergleich mit den Luftflotten anderer Staaten günstig dastehet. Wo sie aus gewissen Gebieten noch rückständig sein sollte, lasse sich dieser Rückstand rasch und leicht wieder einholen. Nach längerer Aussprache bewilligte der Ausschuh den für die Luftflotte vorgesehenen Gesamtkredit von 1,9 Milliarden Franc.

Zwischenzeitlich hat Frankreich unentwegt dafür, daß die Vergrößerung der deutschen Rüstungen nicht verstanden, um seine „Sicherheit“ gefährdet, und seine Aufrüstungen als berechtigt erscheinen zu lassen. So hat sich jetzt der holländische Gesandte in London genötigt gesehen, gegen Gerüchte Stellung zu nehmen, die in Frankreich und Belgien in Umlauf sind, über

die Herstellung von erheblichen Mengen schwerer Artillerie und Munition in den Niederlanden und deren Ausfuhr nach Deutschland. Der Gesandte erklärt, daß diese Nachrichten jeder Begründung entbehren.

Die Rüstungsindustrie in Holland sei nur klein, und es seien keine Fabriken vorhanden, in denen schwere Geschütze hergestellt werden könnten. Auch sei kein Paal von Flugzeuggeschwadern vorhanden, wie es in den Veröffentlichungen gelautet habe. Die Fabrik, die angeblich die Geschütze ausführe, habe, beschäftige sich nur mit der Herstellung gewisser Zubehörteile.

Eigentlich sollten solche französische Märchen zu durchsichtig sein, als daß man sie noch einer ernsthaften Erwiderung würdigte.

Nur für drei Wochen Kredit.

Keine Begegnung Macdonald-Laval.
„Paris Soir“ glaubt zu wissen, daß sich der am Donnerstag zusammen tretende Verwaltungsrat der Bank von Frankreich, der über die Verlängerung des französischen Anleihens an dem 100-Millionen-Dollar-Kreditkredit entscheidet, den Ausführungen des Gouverneurs Rodet anschließen und diesen Kredit nur für drei Wochen oder höchstens einen Monat verlängern wird.